

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0566/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 25.11.2022
		Verfasser/in: FB 61/010, Dez. III
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.09.2022 (öffentlicher Teil)		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
12.01.2023	Mobilitätsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.09.2022.

Anlage/n:

Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.09.2022

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Mobilitätsausschusses

30. Januar 2023

Sitzungstermin:	Donnerstag, 01.09.2022
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Ort, Raum:	Glassaal, Kurpark Terrassen, Dammstr. 40, 52066 Aachen

Anwesende:

Ratsherr Peter Blum	Stellvertretender Vorsitzender
Ratsherr Matthias Achilles	
Ratsfrau Gaby Breuer	
Ratsherr Dr. Sebastian Breuer	
Ratsfrau Ulla Griepentrog	Vertretung für: Ratsherr Wilfried Fischer
Ratsherr Daniel Hecker	
Ratsherr Kaj Neumann	
Ratsherr Hermann Josef Pilgram	Vertretung für: Ratsfrau Monika Annette Wenzel
Ratsherr Tobias Benedikt Tillmann	Vertretung für: Ratsfrau Ye-One Rhie

Herr Burkhard Fahl

Herr Christian Hofmann

Herr Julian Kistner

Vertretung für: Herrn Jörg Veltrup

Herr Jörg Hans Lindemann

Herr Jasper Nalbach

Vertretung für: Herrn Nicolai Vincent
Radke

Herr Dr. Andreas Nositschka

Frau Leona Piana

Vertretung für: Herrn Stefan Dussin

Herr Dr.-Ing. Jan van den Hurk

Herr Rolf Winkler

Abwesende:

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

entschuldigt

Ratsherr Wilfried Fischer

entschuldigt

Herr Eyüp Özgün

entschuldigt

Frau Ye-One Rhie

entschuldigt

Herr Stefan Dussin

entschuldigt

Herr Nicolai Vincent Radke

entschuldigt

Herr Jörg Veltrup

entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff

Dez. III

Frau Strehle

FB 61

Herr Müller

FB 61

Frau Segadlo

FB 61

Frau Scheidtweiler

FB 61

Herr Schuster

FB 60

Herr Ohlenschläger

FB 36

Frau Küppers

E 18

Herr Beckers

FB 13

MA/19/WP18

Ausdruck vom: 31.01.2023

Seite: 2/28

Herr Dohmen FB 20

vom Beirat:

Frau Dr. Driessen ASEAG

Herr Adler ASEAG

als Schriftführerin:

Frau Löhner FB 61

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 28.04.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 61/0423/WP18

- 3 **Aachen klimaneutral 2030, Vorstellung einer Grobskizze**
Vorlage: FB 36/0167/WP18-1

- 4 **Lichtverschmutzung reduzieren – Dark-Sky-Kommune, Sachstand & Handlungsempfehlungen, Ratsantrag Nr 088/18 der Fraktion die Linke**
Vorlage: FB 36/0138/WP18

- 5 **Teilfortschreibung Nahverkehrsplan der Stadt Aachen:**

Leistungsangebot

Vorlage: FB 61/0473/WP18

- 6 **Gesamtregionales Radwegekonzept für das Rheinische Revier**
Vorlage: FB 61/0472/WP18
- 7 **Tempo 30 innerhalb des Alleenrings – Prüfung der verkehrlichen Auswirkungen**
Vorlage: FB 61/0464/WP18
- 8 **Sichere Passstraße: Tempo 30;**
Ratsantrag Nr. 108/21 der SPD-Fraktion vom 27.10.2021
Vorlage: FB 61/0457/WP18
- 9 **Ausweitung Tempo 30 auf der Friedrich-Ebert-Allee und der Viehhofstraße;**
Antrag der Fraktion Grüne in der BV Aachen-Mitte vom 02.03.2022
Vorlage: FB 61/0458/WP18
- 10 **Staus auf dem Aachener Stadtgebiet – Schwerpunkte und Gegenmaßnahmen**
Vorlage: FB 61/0465/WP18
- 11 **Jülicher Straße, Erneuerung der Busspur;**
hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel und Ausführungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0456/WP18
- 12 **Pocketpark Rombachstraße:**
Verbreiterung der Vennbahntrasse - geänderter Planungs- und Ausführungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0459/WP18

- 13 **Umgestaltung „Platz am alten Kloster“ (Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Aachen-Haaren):**
Hier: Planungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0448/WP18
- 14 **Umgestaltung „Tuchmacherweg“ (Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Aachen-Haaren):**
Hier: Planungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0450/WP18
- 15 **Kirchenumfeld St. Germanus;**
hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel
Vorlage: FB 61/0452/WP18
- 16 **„Intelligente Infrastruktur für sichere Radwege“, (Nr. 205/18), Ratsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 30.11.2021**
Vorlage: FB 61/0438/WP18
- 17 **Einrichtung eines Fußgängerüberweges in der Erzbergerallee an der Querung Im Grüntal**
Vorlage: FB 61/0447/WP18
- 18 **Burghöhenweg - Erschließung:**
Hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel
Vorlage: FB 61/0468/WP18

- 19 **Sonnenweg - Entwässerung:**
Hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel
Vorlage: FB 61/0467/WP18
- 20 **Änderung der Sondernutzungssatzung**
hier: mündlicher Bericht zum Sachstand
- 21 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 22 **Mündlicher Bericht von ats und MAC bezüglich verkehrlicher Probleme**
hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 17.08.2022
- 23 **Optimierung des Winterdienstes im Radverkehrsnetz**
Vorlage: E 18/0100/WP18
- 24 **Änderung der Verwaltungsvorschriften für Radschutzstreifen**
TO-Antrag der Fraktionen Grüne, SPD, Die Linke und Die Zukunft vom
Es wird mündlich berichtet.

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am**
28.04.2022 (nichtöffentlicher Teil)
Vorlage: FB 61/0424/WP18

2 **Campus West - Sachstand**
Vorlage: FB 61/0466/WP18

3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Blum eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Mobilitätsausschusses sowie die Vertreter*innen des Beirats, der Verwaltung, der Öffentlichkeit und der Presse. Die Sitzung findet unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln in Folge der Corona-Pandemie im Glassaal der Kurpark Terrassen statt.

Er stellt die Beschlussfähigkeit fest sowie den rechtzeitigen Eingang der Einladung und entschuldigt die Vorsitzende Frau Wenzel, die er in dieser Sitzung vertritt.

Frau Burgdorff verabschiedet Frau Löhner, die zukünftig innerhalb ihres Fachbereichs andere Aufgaben wahrnehmen wird, aus ihrer Tätigkeit als Schriftführerin des Mobilitätsausschusses und überreicht ihr im Namen der Verwaltung einen Blumenstrauß. Herr Blum schließt sich ihren Worten an.

Frau Breuer fragt, ob zukünftig wie früher vierteljährlich ein Bericht über die Unfallkommission vorgelegt werden kann. Wichtig sei u. a. die Information über Unfallschwerpunkte, z.B. in Burtscheid.

Herr Müller dankt für den Hinweis. Herr Kempf, der die Unfallkommission betreue, sei heute nicht anwesend. Man nehme den Hinweis aber gerne zum Anlass, den Bericht wieder aufzunehmen.

Es werden folgende Änderungen der TO beantragt:

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Blum schlägt vor,

- TOP 22 vorzuziehen, da Herr Schuler (MAC) und Frau Hissel (AC-Tourist), die zu einem Vortrag eingeladen worden sind, einen Folgetermin wahrnehmen müssen,
- TOP 23 direkt danach zu behandeln, um für die vortragende Frau Küppers die Wartezeit zu verringern.

Die Anträge werden einvernehmlich angenommen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 28.04.2022 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 61/0423/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 28.04.2022 (öffentlicher Teil)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 3 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 3 Aachen klimaneutral 2030, Vorstellung einer Grobskizze

Vorlage: FB 36/0167/WP18-1

Herr Ohlenschläger (FB 36) hält einen Vortrag; die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung eingestellt.

Herr Neumann (Grüne) dankt für den Vortrag. Er sei zwar nicht explizit auf Mobilität zugeschnitten, zeige aber, wie wichtig es sei, die Verkehrswende ambitioniert voranzutreiben.

Er stellt einen Antrag auf Ergänzung des Beschlussvorschlags der Verwaltung:

„Darüber hinaus beauftragt der Ausschuss die Verwaltung, das durch den Rat beschlossene Ziel der Klimaneutralität 2030 in Planungen als Maßgabe zu verwenden und im Rahmen des Prozesses zum VEP und den daraus abgeleiteten Teilstrategien als Zielvorgabe zu setzen.“

Herr van den Hurk erklärt, die SPD Fraktion werde sich diesem Antrag anschließen.

Herr Lindemann (CDU) nennt Beispiele dafür, dass man mit vielen Punkten am Anfang stehe. Er stellt den Antrag auf Erweiterung des Beschlussvorschlags, dass der Ausschuss im Übrigen die Beschlüsse des PLA und des MoA beachten soll. Er fragt, ob man davon ausgehen kann, dass man im nächsten Jahr ein Stück weiter komme und nicht nur neue Stellen schaffe.

Frau Burgdorff dankt für den Vortrag. Sie erklärt ergänzend, man habe zwei Ebenen:

- Es müsse Personal eingesetzt werden; das Personal müsse richtig eingesetzt werden.
- Vielleicht müssten aber auch die Vorlagen besser oder anders gestaltet werden, damit die Beschlüsse einfacher zu fassen sind. Es werde viel Energie in Details gesteckt.

Wenn alles gleichzeitig gemacht werde - die Mobilitätswende, die ÖPNV-Bushaltestellen usw., dann hätte man nur noch Baustellen. Alle Beteiligten müssten sich zusammensetzen und zu einem guten Ergebnis kommen.

Herr Müller erklärt ergänzend, es sei bereits eine Unmenge an Maßnahmen gestaltet worden und im Gange, demnächst noch verstärkt der Pendelverkehr, das müsse noch weiter gedacht werden. Es könnten aber nicht alle Bedürfnisse gleichzeitig bedient werden, auch unter Berücksichtigung des Personals.

Frau Breuer formuliert den Antrag der CDU Fraktion: „Im Übrigen verweist der Ausschuss auf die Beschlüsse des Planungsausschusses und des Mobilitätsausschusses.“

Auf die Frage des Herrn Blum, ob die Fraktion Grüne mit dem Ergänzungsvorschlag der CDU einverstanden ist, erklärt Herr Neumann, er wünsche auch eine Abstimmung über den Ergänzungsantrag seiner Fraktion.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktion Grüne zusammen mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen. Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Er bedankt sich für die grobe Skizzierung der Herausforderungen für die Fortschreibung des IKS mit dem Fokus auf das Ziel der Klimaneutralität (Netto-Null-CO_{2eq}-Emissionen) als erste Wegbeschreibung mit strategischen und praktischen Schritten bis 2030. Der Ausschuss begrüßt es, dass Synergien zu im gleichen Kontext stehenden Projekten

genutzt und diese zusammengeführt werden sowie die Kommunikation im Sinne einer frühzeitigen Mitmach-Bewegung für den mehrjährigen Prozess aufgesetzt wird.

Darüber hinaus beauftragt der Ausschuss die Verwaltung, das durch den Rat beschlossene Ziel der Klimaneutralität 2030 in Planungen als Maßgabe zu verwenden und im Rahmen des Prozesses zum VEP und den daraus abgeleiteten Teilstrategien als Zielvorgabe zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich mit 12 Stimmen bei 5 Gegenstimmen

**zu 4 Lichtverschmutzung reduzieren – Dark-Sky-Kommune, Sachstand & Handlungsempfehlungen, Ratsantrag Nr 088/18 der Fraktion die Linke
Vorlage: FB 36/0138/WP18**

Ein Vortrag wird nicht gewünscht, da dieser schon in anderen Gremien gehalten wurde.

Herr Dr. Nositschka (Linke) trägt einen Antrag seiner Fraktion auf Beschlusserweiterung vor, den er vorab an die Mitglieder versandt hatte:

"Die Straßenbeleuchtung in Aachen soll zukünftig mit LEDs mit einer Lichtfarbe von maximal 3000K, möglichst mit nach unten gerichtetem Abstrahlwinkel, ausgeführt werden. In Ausnahmefällen, z.B. an gefährlichen Straßenkreuzungen oder in Angsträumen, soll die Verwaltung aus Sicherheitsgründen flexibel entscheiden können, welche Lichtfarbe eingesetzt wird.

Lagerbestände von LEDs mit einer Lichtfarbe von 4.000K sollen zunächst aufgebraucht werden.

Beim Anstrahlen von öffentlichen Gebäuden sollte, sofern dies möglich ist, nur von oben oder von der Seite konturenscharf angestrahlt werden sollen."

Herr Lindemann erinnert daran, dass früher schon häufiger darüber diskutiert worden sei. Es habe im Straßenverkehr einen Sicherheitsaspekt. Die neue Technik LED habe die Sicherheit gesteigert. Deshalb sei damals der Beschluss über 4000K gefasst worden. Er würde im Straßenraum aus Sicherheitsgründen davon absehen, eine andere Beleuchtungsart einzuführen. Bei Gebäuden sei er relativ „schmerzfrei“.

Herr van den Hurk berichtet von der Führung, die von der STAWAG durchgeführt worden ist. Sie halte sich an die einschlägigen Normen. Der Helligkeitsunterschied sei nicht groß und die Farbwiedergabe bei 4000K und 3000K annähernd gleich. Seine Fraktion sehe kein Problem, auf 3000K umzustellen.

Auch die Fraktion Grüne unterstützt nach Mitteilung des Herrn Neumann die Formulierung des Herrn Dr. Nositschka als gute und richtige Entscheidung, da es insektenfreundlicher sei, zwar mehr Strom verbrauche, das Konzept insgesamt aber zu weniger CO2 Ausstoß führe und der Unterschied nicht bedeutend sei.

Der Vorsitzende Herr Blum lässt über den Antrag der Fraktion Die Linke zusammen mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis *und beschließt:*

Die Straßenbeleuchtung in Aachen soll zukünftig mit LEDs mit einer Lichtfarbe von maximal 3000K, möglichst mit nach unten gerichtetem Abstrahlwinkel, ausgeführt werden. In Ausnahmefällen, z.B. an gefährlichen Straßenkreuzungen oder in Angsträumen, soll die Verwaltung aus Sicherheitsgründen flexibel entscheiden können, welche Lichtfarbe eingesetzt wird.

Lagerbestände von LEDs mit einer Lichtfarbe von 4.000K sollen zunächst aufgebraucht werden.

Beim Anstrahlen von öffentlichen Gebäuden sollte, sofern dies möglich ist, nur von oben oder von der Seite konturenscharf angestrahlt werden sollen.

Die Verwaltung wird über die weitere Vorgehensweise erneut berichten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich mit 11 Stimmen bei 6 Ablehnungen

zu 5 Teilfortschreibung Nahverkehrsplan der Stadt Aachen:

Leistungsangebot

Vorlage: FB 61/0473/WP18

Ohne Aussprache ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die 2. Anpassung des Nahverkehrsplans der Stadt Aachen, 2. Fortschreibung 2015, wie in der Vorlage beschrieben, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Gesamtregionales Radwegekonzept für das Rheinische Revier

Vorlage: FB 61/0472/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt den Netzplan des „Gesamtregionalen Radwegekonzepts für das Rheinische Revier“ für den Bereich der Stadt Aachen als wichtigen Bestandteil des städteregionalen Mobilitätskonzepts. Er beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung an den betreffenden Straßen in der Baulast der Stadt Aachen voranzutreiben und in der Kooperation mit den anderen Baulastträgern und den Partnern des Rheinischen Reviers an der Umsetzung des Gesamtnetzes aktiv mitzuwirken.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Tempo 30 innerhalb des Alleerings – Prüfung der verkehrlichen Auswirkungen

Vorlage: FB 61/0464/WP18

Frau Burgdorff führt in das Thema ein und stellt Frau Scheidtweiler (FB 61) vor, die neu eingestellt worden ist und nun erstmalig einen Vortrag im Ausschuss hält; die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung einsehbar.

Herr Fahl (Grüne) sieht gute Erfolge bei der Geschwindigkeitsreduzierung im Zusammenhang mit den Unfallzahlen, die dadurch zurückgegangen seien.

Herr Hofmann fragt, an wieviel Knotenpunkten für den Busverkehr bei Geschwindigkeitsreduzierung die Anpassung von Ampelschaltungen geprüft werden und wie die aktuellen Fahrgastzahlen sich gegenüber den Zählungen des Vorjahrs verändert haben. Herr Müller antwortet, das Thema sei schon einmal im Februar behandelt worden. Bezüglich der Ampelschaltungen seien bei der Durchschnittsgeschwindigkeit bisher nicht gravierende Veränderungen festgestellt worden.

Frau Dr. Driessen berichtet ergänzend, die Stadt Aachen habe mit der ASEAG zusammengearbeitet. Es seien Fahrpläne verändert worden. Tempo 30 sei die ASEAG mitgegangen. Man könne aber keine vorher - nachher Vergleiche der Fahrgastzahlen vornehmen, da vorher keine Erhebungen durchgeführt worden seien.

Herr Lindemann erklärt, auf dem äußeren Ring würden die unterschiedlichen Geschwindigkeiten - 30, 50 oder 70 km/h - zu Verschiebungen des Verkehrs von „kürzere“ auf „schnellere“ Wege erfolgen. Auch ein bekanntes Navigationssystem habe auf diese Weise geleitet. Man habe versucht, die Gründe nachzuvollziehen, z.B. Baustellen, wisse es aber nicht genau, was schade sei.

Frau Breuer teilt mit, Tempo 30 habe sie zwar schon früher als sinnvoll erachtet, aber es sei tatsächlich ein Grund für den Rückgang der CO2 Belastung neben anderen, z.B. Elektrofahrzeugen. Man sehe immer nur das Einzelne, nie das Ganze. Busfahrer müssten die Fahrpläne einhalten. Es gebe immer mehrere Gesichtspunkte.

Frau Burgdorff dankt Frau Scheidtweiler für den interessanten Vortrag. In der letzten Zeit hätten sich viele Parameter verschoben, d. h. man kenne nicht immer alle Ursachen. Das solle aber nicht davon abhalten, die richtige Systematik zu ermitteln. Natürlich müsse man Geschwindigkeit noch zulassen, um von A nach B zu kommen. Es könne gerne und viel gemessen werden, man müsse dann aber zu einem gerechten Ergebnis kommen.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 8 Sichere Passstraße: Tempo 30;
Ratsantrag Nr. 108/21 der SPD-Fraktion vom 27.10.2021
Vorlage: FB 61/0457/WP18**

Herr van den Hurk (SPD Fraktion) trägt einen Ergänzungsantrag seiner Fraktion vor, den er vorab an die Mitglieder versandt hatte:

MA/19/WP18

Ausdruck vom: 31.01.2023

Seite: 13/28

„Der Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, den Entfall der zeitlichen Begrenzung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit zu prüfen und wenn möglich umzusetzen.“

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Blum lässt zuerst über den Vorschlag der Verwaltung zusammen mit dem Antrag der SPD Fraktion abstimmen. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die erlaubte Höchstgeschwindigkeit auf der Passstraße auf der Länge des Stadtgartens zum Schutz der Kinder der dortigen Kindertagesstätte werktags von 7-19 h auf 30 km/h zu beschränken.

Der Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, den Entfall der zeitlichen Begrenzung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit zu prüfen und wenn möglich umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 9 Ausweitung Tempo 30 auf der Friedrich-Ebert-Allee und der Viehhofstraße;
Antrag der Fraktion Grüne in der BV Aachen-Mitte vom 02.03.2022
Vorlage: FB 61/0458/WP18**

Herr van den Hurk (SPD Fraktion) trägt einen Ergänzungsantrag seiner Fraktion vor, den er vorab für den vorangehenden und diesen TOP an die Mitglieder versandt hatte:

„Der Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, den Entfall der zeitlichen Begrenzung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit zu prüfen und wenn möglich umzusetzen.“

Herr Pilgram (Grüne) findet den Vorschlag gut, auch für die Viehhofstraße. Aus seiner Sicht fehle in Burtscheid ein Verkehrskonzept und auch - ganz wichtig - ein Fahrradkonzept.

Herr Lindemann ist der Meinung, unterschiedliche Straßen solle man auch unterschiedlich behandeln. Der Anlass bei beiden TOP seien Kitas. Die Passstraße sei eine Nebenstraße, da könne es auch zu sonstigen Zeiten gelten, aber man könne das nicht überall so einführen. Auf Hauptstraßen sollte man es belassen. Die Menschen würden den schnellsten Weg nehmen. Deshalb wolle seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag folgen, ohne Ergänzung.

Herr Neumann teilt mit, seine Fraktion Grüne schließe sich dem Ergänzungsantrag an.

Herr Hofmann weist darauf hin, dass diverse Buslinien dadurch laufen würden, z. T. Richtung Eifel, da könne der ÖPNV ausgebremst werden, der eigentlich attraktiver gemacht werden sollte.

Herr Blum lässt über den Vorschlag der Verwaltung zusammen mit dem Ergänzungsantrag der SPD Fraktion abstimmen. Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführung zur Kenntnis und beschließt, die erlaubte Höchstgeschwindigkeit auf der Friedrich-Ebert-Allee, im Bereich der integrativen Kindertagesstätte Clara-Fey zum Schutz der Kinder von Montag bis Freitag von 7.00 – 17.00 Uhr und auf der Viehhofstraße, vor dem Marienhospital, auf 30 km/h zu beschränken.

Der Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, den Entfall der zeitlichen Begrenzung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit zu prüfen und wenn möglich umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich mit 11 Stimmen bei 5 Gegenstimmen

zu 10 Staus auf dem Aachener Stadtgebiet – Schwerpunkte und Gegenmaßnahmen

Vorlage: FB 61/0465/WP18

Frau Scheidtweiler (FB 61) hält einen Vortrag, der auch als Anlage zur Sitzung eingestellt ist.

Herr van den Hurk dankt für die Ausführungen. Was die Datenlage betreffe, so würde diese relativ ungefiltert in der Bevölkerung kursieren. Sie sei aber stark interessiert. Es gehe auch um Verkehrsregelungen. Z. B. München stehe vor ähnlichen Problemen, dass sie die Tom Tom Daten nicht 1:1 auswerten könne.

Herr Lindemann stellt fest, die anderen Städte auf den ersten drei Plätzen vor Aachen, das im Ranking auf Platz 4 steht, seien Landeshauptstädte, teilweise Millionenstädte. Er habe schon eigene Erfahrungen gemacht, dass die Daten nicht 1:1 auswertbar sind. Man sollte jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern am Thema daran bleiben, z. B. dynamische Ampelschaltungen, Busbeschleunigungen durch eigene Busspuren etc. einführen.

MA/19/WP18

Ausdruck vom: 31.01.2023

Seite: 15/28

Herr Dr. Breuer merkt an, für ihn, der sich weniger mit dem PKW fortbewege, sei es nicht ganz klar, ob Ampeln der Grund sind oder die vielen Baustellen. Wichtig sei die Verkehrswende, es sollte Veränderungen geben.

Herr Müller geht zusammenfassend auf einige Erklärungen ein. Die Tom Tom Daten seien nicht falsch, die Verwaltung wolle nur sagen, dass die Auswertungen und Definitionen irreführend seien. Natürlich könnten Ampelschaltungen Staus verändern und auch Vorrangschaltungen für Busse seien wichtig. Viele Kolleg*innen würden daran arbeiten und den Verkehr beobachten. Hamburg und Wiesbaden hätten flexible Ampelschaltungen eingeführt und die liegen im Ranking aber vor Aachen, es sei also kein Allheilmittel. Aachen habe das Mobilitätsdashboard und da könne man schauen. Seine Botschaft sei, die Verwaltung arbeite daran.

Frau Breuer meint, ihr sei klar gewesen, dass die Analyse so nicht stimmig sei. Aachen stehe in der Kritik.

Frau Burgdorff erklärt, der Vortrag der Frau Scheidtweiler habe gezeigt, dass die Mitarbeiter der Verwaltung, wenn sie Daten verwenden, dies mit wissenschaftlicher Brille auswerten und nicht politisch.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 Jülicher Straße, Erneuerung der Busspur;

hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel und Ausführungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0456/WP18

Ein Vortrag wird nicht gewünscht, da die Verwaltungsvorlage sehr ausführlich sei.

Auf die Frage des Herrn Hofmann, ob es nicht sinnvoll ist, für die Zukunft solche Mehrvorgaben von vorneherein fest einzuplanen, da es absehbar sei (z. B. seien Elektrobusse schwerer), antwortet Frau MA/19/WP18

Ausdruck vom: 31.01.2023

Seite: 16/28

Strehle, es gehe in der Vorlage um Notmaßnahmen. Der Abrieb sei so hoch, dass eine Reparaturmaßnahme nicht möglich sei und die Spur sonst geschlossen werden müsse. Es solle möglichst noch vor der Witterungsänderung durchgeführt werden.
Natürlich habe die Verwaltung für die Zukunft auf dem Schirm, dass rechtzeitig Maßnahmen eingeplant werden.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis und fasst, vorbehaltlich der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel i.H.v. 412.063,72 € durch den Rat im Haushaltsjahr 2022, den Ausführungsbeschluss zur Erneuerung der Busspur zwischen der Haltestelle Blücherplatz und dem Knotenpunkt Hanseemannplatz.

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat für die Umsetzung der Maßnahme überplanmäßige Mittel i.H.v. 412.063,72 € bei PSP-Element 5-120102-900-10900-300-1 „Starke Achsen im Busverkehr (IKSK)“ im Haushaltsjahr 2022 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Pocketpark Rombachstraße:

Verbreiterung der Vennbahntrasse - geänderter Planungs- und Ausführungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0459/WP18

Herr Blum weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Brand das Thema schon mehrfach behandelt und nun einen geänderten Beschluss gefasst hat, den er vorstellt.

Eine Frage des Herrn van den Hurk bezüglich alternativer Randsteine beantwortet Frau Segadlo.
Sie seien derzeit nicht vorgesehen.

Der Vorsitzende Herr Blum stellt den von der BV Brand geändert gefassten Beschluss zur Abstimmung.
Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

MA/19/WP18

Ausdruck vom: 31.01.2023

Seite: 17/28

Er beschließt, den Planungs- sowie den Ausführungsbeschluss zur Verbreiterung / Umbau der Vennbahntrasse im Abschnitt Trierer Straße bis Rombachstraße gemäß Plan Nr.: 2020_008_L1 und 2020_008_L2 (Anlage 1 und 2) *mit folgender Änderung* zu fassen:

Der Kreuzungsbereich von Vennbahnweg und Rombachstraße (nördliche Seite) soll so verschwenkt bzw. verschoben werden, dass eine möglichst gerade Querung der Rombachstraße möglich ist. Dabei soll zwischen Gehweg und Fahrbahn ein Aufstellbereich für Fußgänger und Radfahrer zur Querung der Rombachstraße geschaffen werden.

Die Verwaltung wird gebeten, für die geplante Radvorrangroute auf der gegenüberliegenden Fahrbahnseite (südliche Seite der Rombachstraße) eine Aufstellfläche zwischen Fahrbahnkante und Radweg im Rahmen der weiteren Planungen zu prüfen. Der Radweg (Radvorrangroute) und der Gehweg sollen hierfür verschwenkt werden.

Es soll geprüft werden, wie die Esche bei Beibehaltung der Breite von 4 m der Vennbahntrasse erhalten bleiben kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Umgestaltung „Platz am alten Kloster“ (Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Aachen-Haaren):

Hier: Planungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0448/WP18

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Entwurfsplanung zur Umgestaltung „Platz am alten Kloster“ und beauftragt entsprechend die Stadtverwaltung mit der Beantragung von Städtebaufördermitteln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14 Umgestaltung „Tuchmacherweg“ (Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Aachen-Haaren):

MA/19/WP18

Ausdruck vom: 31.01.2023

Seite: 18/28

Hier: Planungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0450/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Entwurfsplanung zur Umgestaltung „Tuchmacherweg“ und beauftragt entsprechend die Stadtverwaltung mit der Beantragung von Städtebaufördermitteln.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 1 Gegenstimme

zu 15 Kirchengrund St. Germanus;

hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel

Vorlage: FB 61/0452/WP18

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat, für die Maßnahme „Kirchengrund St. Germanus“ bei PSP-Element 5-120102-300-02600-300-1 eine überplanmäßige Auszahlung im Haushaltsjahr 2022 i.H.v. 671.000 € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 16 „Intelligente Infrastruktur für sichere Radwege“, (Nr. 205/18), Ratsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 30.11.2021

Vorlage: FB 61/0438/WP18

Herr Achilles erklärt, seine Fraktion Die Zukunft würde sich freuen, wenn die Mitglieder des Ausschusses das wohlwollend aufnehmen würden.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Der Antrag gilt damit als erledigt.

MA/19/WP18

Ausdruck vom: 31.01.2023

Seite: 19/28

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 17 Einrichtung eines Fußgängerüberweges in der Erzbergerallee an der Querung Im Grüntal

Vorlage: FB 61/0447/WP18

Herr van den Hurk stellt eine Frage zum Leitsystem, die Herr Müller beantwortet.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und fasst den Planungs- und Ausführungsbeschluss für einen Fußgängerüberweg in der Erzbergerallee an der Querung Im Grüntal für den Schutz.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 18 Burghöhenweg - Erschließung:

Hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel

Vorlage: FB 61/0468/WP18

Herr Hecker (CDU) stellt fest, hier erhöhe man die Mittel für einen Bauauftrag, der aber weder vorbereitet noch vergeben sei. Keiner wisse so genau wofür, auch in der Bezirksvertretung nicht.

Frau Segadlo (FB 61) hält mit Hilfe einiger Folien, die als Anlage zur Sitzung einsehbar sind, einen Vortrag. Die Baustraße sei Grundlage für die Erschließung des neuen Plangebiets.

Frau Burgdorff beantwortet Fragen des Herrn Pilgram. Der Verwaltungsvorstand habe mehrmals zu dem Thema Preissteigerungen getagt. Die Gesellschaft steuere auf schwierige Zeiten zu. Im Moment könne die Stadt das noch ausgleichen, aber in Zukunft müsse man Prioritäten setzen.

Herrn Hecker erscheint der Bau einer Baustraße zurzeit unlogisch. Es gebe noch viele Überlegungen, z. B. würde noch ein Grundstück für eine Kita gesucht.

Frau Strehle erklärt, der Belegungsplan sei seinerzeit ausgearbeitet worden, beispielsweise dürften dort Wohnhäuser gebaut werden. Voraussetzung sei aber die Baustraße.

Frau Burgdorff stellt klar, wenn der Ausschuss das ändern wolle, müsse er es mitteilen und beschließen.

Herr Hofmann teilt mit, er würde die Ausgaben auch lieber verschieben wollen, wenn es noch Unklarheiten gibt.

Frau Segadlo gibt zu bedenken, der Bau der Straße sei zeitnah vertraglich festgelegt. Wenn er verschoben wird, könne es sein, dass die Käufer zurücktreten.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat, für die Maßnahme „Burghöhenweg Erschließung“ bei PSP-Element 5-120102-300-01100-300-1 eine überplanmäßige Auszahlung im Haushaltsjahr 2022 i.H.v. 70.000,- € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Enthaltung

zu 19 Sonnenweg - Entwässerung:

Hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel

Vorlage: FB 61/0467/WP18

Herr Dr. Nositschka bittet zu beachten, dass diese Ausgaben, die nun beschlossen werden, nicht im IKSK auftauchen.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat, für die Maßnahme „Sonnenweg Entwässerung“ bei PSP-Element 5-120102-500-01800-300-1 eine überplanmäßige Auszahlung im Haushaltsjahr 2022 i.H.v. 120.000,- € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

MA/19/WP18

Ausdruck vom: 31.01.2023

Seite: 21/28

einstimmig

zu 20 Änderung der Sondernutzungssatzung

hier: mündlicher Bericht zum Sachstand

Herr Schuster trägt einen mündlichen Bericht vor.

Die Änderung der Sondernutzungssatzung werde für Anfang 2023 angestrebt, die Konzessionsverfahren für die erste Hälfte 2023.

Herr van den Hurk spricht die Sondergenehmigungen für E-Roller an, das sei ein großes Thema. Sie würden quer abgestellt oder auch umgelegt; sie könnten dann u. U. nicht erkannt werden und stellen so eine Unfallgefahr dar.

Herr Schuster erklärt, dies sei in der Sondernutzungssatzung nicht direkt regelbar, aber in der Konzessionierung.

Herr Achilles wünscht sich langfristig ein System, wo Roller nicht mehr frei abgestellt werden dürfen, sondern nur in dafür vorgesehenen Halterungen.

Herr Müller teilt mit, das Spektrum der Möglichkeiten sei groß. Die Verwaltung habe auf dem Schirm, solche Dinge zu regeln und im Auge zu behalten.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

zu 21 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen folgende Mitteilungen schriftlich vor, die Frau Strehle anhand von Folien erläutert; sie sind auch als Anlage zur Sitzung eingestellt:

- Bürger*innendialoge im Kontext Mobilität und Straßenbau - Aktualisierung September/ Oktober
- Europäische Mobilitätswoche 2022 vom 16. - 22. September in ganz Aachen - Infokarte zu Aktionen
- Ausrichtung der 16. Fahrradkommunalkonferenz in Aachen im Nov. 2022 - weiterführende Informationen

Herr Müller trägt ergänzend die folgenden Mitteilungen mit Hilfe von weiteren Folien (s. ebenfalls Anlage zur Sitzung) mündlich vor:

- Mängelmelder der Stadt Aachen
- AG Innovation - Die regionale Mobilitätswende gestalten!

zu 22 Mündlicher Bericht von ats und MAC bezüglich verkehrlicher Probleme

hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 17.08.2022

Herr Schüler (Märkte u. Aktionskreis City e.V., MAC) und Frau Hissel (aachen tourist service, ats) referieren zum Thema. Außerdem sind Herr Piana (MAC) und Frau Noerenberg (ats) anwesend.

Frau Hissel berichtet über erstaunlich gute Zahlen aus touristischer Sicht und gute Belegungszahlen im Sommer, aber ab Oktober sehe es schlecht aus. Es herrsche Planungsunsicherheit wegen Corona und der Energieverteuerung. Bei Reisen gebe es einen Nachholbedarf. Ziele würden bewusst ausgewählt, wobei auf Erreichbarkeit, Sauberkeit und Sicherheit wert gelegt werde.

Sie liest beispielhaft Beschwerden vor, z. B. bezüglich Verkehrsanbindung, Parkplätzen, Beschilderung, Busführung.

Es würden dringend Abstellplätze für (teure) Fahrräder benötigt sowie Besucherparkplätze und die entsprechende Infrastruktur. Die Erreichbarkeit sei für den Einzelhandel wichtig, Leerstände seien negativ.

Herr Schüler schließt sich den Ausführungen der Frau Hissel an, die schon vieles vorweggenommen habe. Die Mobilitätswende müsse kommen - er sei auch Radfahrer. Die Frage sei aber wie. Die Kommunikationsstrukturen müssten stimmen, der Abstand zwischen der Politik und den handelnden Personen verkleinert werden. Zum Thema Erreichbarkeit sei wichtig, alle Zielgruppen, auch z.B. Ältere, mitzunehmen. Auch beim Thema Baustellen, die sicherlich notwendig seien, vor allem wegen der Erneuerung der Kanäle, sollte die Kommunikation verbessert werden. Für die Umstellung auf mehr Fahrradverkehr und weniger PKW-Verkehr müsse man den Menschen mehr Zeit geben.

Der Außengastronomie werde es schwer gemacht. Leerstände seien sehr schlecht, deshalb sollte man mit Investoren verstärkt reden. So könne z.B. der Leerstand des Lust for Life ein ganzes Viertel hinunterziehen.

Herr Piana ergänzt die Ausführungen seines Vorredners.

Frau Burgdorff dankt für die Vorträge und dafür, dass bereits konstruktive Gespräche angestoßen worden seien. Es sei gut, dass die Einzelhändler, z.B. an der Hotmannspief Eigeninitiative ergriffen hätten. Die Stadt bzw. ihr Dezernat würde Unterstützung leisten. Sie baue Fußwege aus, habe den Cityliner vorangetrieben etc. Die Innenstädte unterliegen einem Strukturwandel, der Einzelhandel sei nicht mehr einziger Magnet.

Die Stadt sei erreichbar sowie jedes Parkhaus. Aachen sei eine alte Stadt mit auch engen Straßen. Das heiße, dass u.U. Stühle ein Hindernis darstellen, besonders für behinderte Menschen.

Münster habe die Philosophie: Nur wenn die Bürger einer Stadt über ihre Stadt schwärmen, schwärmen auch die Touristen.

zu 23 Optimierung des Winterdienstes im Radverkehrsnetz

Vorlage: E 18/0100/WP18

Frau Küppers, E 18, hält einen Vortrag, der als Anlage zur Sitzung erfasst ist.

Sie beantwortet anschließend die Frage der Frau Breuer, ob im Rahmen der Räumungspflicht mehr Fahrzeuge angeschafft werden müssen. Es bringe nichts, da es eine Prioritätenliste gebe, die abgearbeitet werden müsse.

Zum Thema Streusalz erklärt sie, es sei auf Gehwegen tatsächlich grundsätzlich verboten, jedoch auf Fahrbahnen erlaubt, als auch auf Radwegen und es sei auf Radwegen das einzige, was wirklich funktioniere.

Auf die Frage des Herrn Dr. Nositschka, wie hoch sie den Anteil des Winterdienstes an den Gesamtkosten prozentual einschätze, antwortet Frau Küppers, das werde sie nachreichen.

Herr Neumann erklärt, alle seien sich bewusst, wenn man den Radverkehr ausbaue, dass man sukzessive auch den Winterdienst ausbauen und die Mittel dafür bereitstellen müsse. Das müsse nach einem Jahr evtl. evaluiert werden.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Betriebsausschuss Aachener Stadtbetrieb den Aachener Stadtbetrieb zu beauftragen, zur
MA/19/WP18

Ausdruck vom: 31.01.2023

Seite: 24/28

Gewährleistung eines weitestgehend durchgängigen Winterdienstes auf den für den Radverkehr wichtigen Strecken die notwendigen Ressourcen in Abstimmung mit dem Fachbereich 61 „Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur“ und im Rahmen der finanziellen und sachlichen Leistungsfähigkeit sukzessive aufzubauen und ggf. Leistungen an Dritte zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 24 Änderung der Verwaltungsvorschriften für Radschutzstreifen
TO-Antrag der Fraktionen Grüne, SPD, Die Linke und Die Zukunft vom
Es wird mündlich berichtet.**

Frau Strehle hält einen Vortrag.

Anschließend beantwortet sie Fragen des Herrn Achilles, inwieweit Änderungen im Bestand zu mehr Sicherheit führen und des Herrn Neumann zur Systematik. Bestehende Markierungen würden wie beschrieben genau betrachtet, z.B. bei der Oppenhoffallee. Es werde Kategorien geben, wo Markierungen dauerhaft zu mehr Sicherheit führten. Zu beachten sei der Straßenquerschnitt und problematisch sei es, wenn die Straße zu schmal ist. Anders verhalte es sich u.U., wenn neu gebaut werde.

Frau Breuer nennt neben der bereits erwähnten Oppenhoffallee auch den Neumarkt und die Lothringer Straße. Würde man beispielsweise bei der Oppenhoffallee, wo zur Zeit alles durchlaufe, eine Spur wegnehmen wegen eines Radwegs, sei das nicht sicherer. Man müsse Prioritäten setzen. Ihr Ziel sei Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer; es solle niemand - auch nicht Fußgänger - ausgeschlossen werden. Man müsse bestrebt sein, einen rechtskonformen Zustand herzustellen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 20:40 Uhr.